

# iFijáte!

## Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 547

Mittwoch, 27. November 2013

20. Jahrgang

### Wie (Regierungs-)Fraktionen funktionieren (oder auch nicht)

*Eine Art Lehrstück über die Arbeit der Parteien im Kongress liefert ein längerer Aufsatz von Bill Bareto in der Plaza Publica vom 7. November 2013 unter dem Originaltitel „Kurze Geschichte einer Fraktion mit zwei Köpfen“ (Breve historia de una bancada bicéfala). Eine ähnliche Konstellation gibt es momentan auch im Justizapparat, was die Wahl eines Präsidenten des Obersten Gerichtshofs (CSJ) blockiert (inzwischen der 51. Wahlgang). Es ist wahrlich nichts Neues, wenn hier wieder davon berichtet wird, dass jede Fraktion innerhalb der Fraktion für ihren Vorteil arbeiten, bestehe dieser nun wirtschaftlich oder der politischen Karriere.*

*Auch wenn noch ein wenig Zeit bis zu den nächsten Präsidentschafts- und Kongresswahlen sind, womöglich beschreibt die Selbsterfleischung hier, warum stets neue Parteien aufsteigen und dann nach der ersten Wahlniederlage (wie es bisher immer war) im zweiten Anlauf gewinnen. Das wäre dann Manuel Baldizon. Über ihn hat der gleiche Autor kürzlich auch etwas geschrieben. Darüber vielleicht ein anderes Mal.*

#### Die Kongressfraktion der Patriotischen Partei

Vereint durch gemeinsame Interessen, getrennt durch widerstreitende zählt die Patriotische Partei (PP) 55 Kongressabgeordnete, die sich in zwei Gruppen aufteilen: der Flügel um die Vizepräsidentin, Roxana Baldetti, und der Flügel um den Verkehrsminister, Alejandro Sinibaldi. Zwischen diesen Polen gibt es jedoch noch weitere Abstufungen, etwa jene, die den privaten Sektor repräsentieren (sozusagen der Wirtschaftsflügel), oder jene Veteranen des Kongresses und/oder der Partei PP oder aber jene, die sich nicht genau zu einem Lager gerechnet werden können. Die Regierungsfraktion begann ihre Arbeit mit 63 Abgeordneten und einer Reihe von Allianzen mit anderen, die ihnen die Verabschiedung einiger für ihre Regierungsarbeit wichtigen Schlüsselgesetze erlaubte: Im ersten Jahr ihrer Amtszeit waren dies der Aufbau des Ministeriums für Soziale Entwicklung, die Ratifizierung des Internationalen Strafgerichtshofes, Reformen in der Steuerpolitik (Gesetz über die Steueranpassung) und die Ratifizierung von sieben Darlehen in Höhe von 665,3 Mio. US-Dollar. Bis dahin zeigen uns die Tatsachen eine echte Macht im Kongress, die in der Lage ist, zur Durchsetzung ihrer Ziele die erforderliche Unterstützung bei anderen Fraktionen zu generieren. Und das trotz der eisenharten Opposition durch die Partei der erneuerten Demokratischen Freiheit, LIDER.

Gleichwohl begann es bezüglich der erhofften Vorteile im Inneren der Fraktionen zu brodeln. Dabei kristallisierten sich zwei Pole heraus, wo verschiedene Interessen sich verbanden: Vizepräsidentin Roxana Baldetti, (s. <http://www.plazapublica.com.gt/content/la-vicepresidente-y-sus-contradicciones>) und Verkehrsminister Alejandro Sinibaldi (s. <http://www.plazapublica.com.gt/content/el-que-maneja-la-plata>). Das Streitobjekt trägt einen Namen: Kampf um Ressourcen. Ressourcen, um die Macht auszuüben, Ressourcen, um Einnahmen für alle führenden Parteimitglieder auf lokaler Ebene zu generieren, Ressourcen, um die Wiederwahl zu garantieren. Im April vergangenen Jahres, haben Presseberichte insgesamt vier Richtungen innerhalb der PP ausgemacht: den privaten Sektor, die ex-FRG-Funktionäre, die Hauptstädter um den ehemaligen Bürgermeisterkandidaten Sinibaldi und die Abgeordneten, die über

#### **Inhaltsverzeichnis**

<b>Wie (Regierungs-)Fraktionen funktionieren (oder auch nicht)</b>	<b>1</b>
<b>Präsident des Obersten Gerichtshof gesucht: Eine unendliche Geschichte.....</b>	<b>5</b>
<b>Proteste der Indigenen Völker.</b>	<b>6</b>
<b>BürgerInnensicherheit.....</b>	<b>7</b>
<b>Funktionäre der Regierung wegen Korruption unter Verdacht</b>	<b>8</b>
<b>Zetas und Kaibiles.....</b>	<b>8</b>
<b>378 Minderjährige ermordet...8</b>	
<b>Ankündigung der Redaktion...9</b>	

die Landesliste gewählt wurden. Diese Fragmentierung lässt sich jedoch auf die zwei genannten Pole reduzieren: um die Vizepräsidentin scharen sich der größte Teil der Distrikfunktionäre und die ex-FRGLer, und um den Verkehrsminister eben die Hauptstädter und ein kleiner Teil der Distrikfunktionäre. Der private Sektor hat sich entweder einer der beiden Lager angenähert oder die Partei verlassen.

#### Das Bild der Einheit

Beim Amtsantritt im Kongress am 13. Januar 2012 verkündete die Generalsekretärin der Partei und frisch gewählte Vizepräsidentin Roxana Baldetti, dass sie auf 110 Stimmen zählen könnte, um den Präsidenten des Kongresses zu wählen. Gudy Rivera war der Kandidat für diesen Posten. Die Einheit der Orangenen in den Ausschüssen der Regierungspartei ging jedoch ein zitronensaures Vorspiel voraus. Im November 2011, als die Feiern über die Wahltriumph vorbei waren, rief Rivera seinen Abgeordneten in einer Versammlung ins Gedächtnis, was er als unverzichtbar für einen Vorsitzenden des Kongresses ansah. Einigen Abgeordneten fanden diese Versammlungen gegenüber dem gewählten Präsidenten, Otto Pérez Molina, anrühlich, während andere Deputierten diese Manöver als ein Misstrauen der Vizepräsidentenskandidatin betrachteten. Wie dem auch sei, sowohl jene Abgeordneten, die sich mit der Vizepräsidentin identifizierten, als auch jene um Sinibaldi zogen es vor, dass ihre Namen bei den Vorschlägen nicht auftauchten. „Sie hat die Versammlung boykottiert, ein Treffen jener sogenannten Alten, also Abgeordneten wie Ricardo Saravia, Oliverio García und natürlich Gudy Rivera“, sagte ein Fraktionsmitglied. Das Treffen, das ein Tag vor der dem Parteikonvent im Hotel Vista Real stattfand, war das erste einer Reihe von Reibereien, die allen klar machen sollten, dass die Vizepräsidentin nicht gewillt, sich unter die Kontrolle der Fraktion zu begeben.

#### Die Äpfel der Zwietracht

Die Ausübung der Macht im Kongress ging vom Kongresspräsidium aus, die üblicherweise durch die Mehrheitspartei angeführt wurde sowie den Fraktionsvorstände und den Vorsitzenden der wichtigsten Ausschüsse der Legislative, also vor allem denen der Finanzen, Verkehr, Justiz, Innen, Verteidigung, Energie und Bergbau und Wirtschaft. Im ersten Jahr spielte die PP auf Sicherheit und überliess die Schlüsselposten den Abgeordneten mit der meisten Erfahrung: den Fraktionsvorsitz an einen Mann des Präsidenten, Valentín Gramajo, und den des Kongresspräsidenten an einen Parteifunktionär, Gudy Rivera. Bei der Balance der Kräfte und Posten, spielte das Wahlergebnis eine wichtige Rolle. Der Vorsitz des Präsidiums, wurde – wie es Otto Pérez versichert hatte – eben Rivera zugewiesen, da dieser als der Verantwortliche für den Wahlsieg in den zentralen Provinzen angesehen wurde, der die meisten Stimmen auf nationaler Ebene erhielt und Vertrauter des Parteigründers (Pérez) war. Die anderen Posten der Regierungspartei im Kongresspräsidium wurde aufgeteilt: „einer für den Präsidenten, einer für die Vize und andere für Alejandro –Sinibaldi–“, sagten Abgeordnete. „Dieser ist ein Abgeordneter der großen Provinzen und stehen den wichtigen Kräften der Partei nahe, in abfallender Reihenfolge: Baja Verapaz, Santiago Linares; Quiché, Estuardo Galdámez und Huehuetenango, Emilene Mazariegos“ (<http://www.plazapublica.com.gt/content/emilene-recargada>).

Bei dieser Aufteilung der Schlüsselposten begannen sich erste Tendenzen aufzutun, die den Flügel von Baldetti von dem Sinibaldis zu trennen. Im letzten Jahr erhielten die sogenannten „Veteranen“ den Finanzausschuss, nämlich den ex-FRGLer, Iván Arévalo, während der Innenausschuss von Juan Alcázar, der Verteidigungsausschuss von Marta Odilia Cuellar Girón, einer wiedergewählten Abgeordneten, und im Ausschuss für Justiz und Verfassung, Oliverio García Rodas. Mit Ausnahme des Abgeordneten Alcázar, ein bedingungsloser Anhänger Sinibaldis zählen die anderen mehr oder weniger zu den Gefolgsleuten des Präsidenten. Laut einiger Abgeordneten wurden bei der Zuteilung die Anhänger der Vizepräsidentin mit den Ausschüssen für Verkehr (Gustavo Medrano, Sohn des Bürgermeisters von Chinautla, Arnoldo Medrano, der am 27. Juni diesen Jahres aus der PP ausgeschlossen wurde, da gegen ihn wegen Geldwäsche ermittelt wurde) und Energie und Bergbau (Edgar Romeo Cristiani) und Landwirtschaft (ex-FRGLer Haroldo Quej) bedacht. Letztere Vertrauten wurden eingesetzt, als die Kämpfe um die Bergbauprojekte ihren Höhepunkt erreichten bzw. Dünngemittel als ein Schlüsselement auf der Agenda des Programms der Vizepräsidentin angesehen wurden (<http://www.plazapublica.com.gt/content/ministro-esto-es-un-programa-politico>). Dem privaten Sektor, der noch in orangenen Farben antrat (Pedro Muadi, Emmanuel Seidner und Juan José Porras) blieben von den wichtigen Ausschüssen nur die Wirtschaft für Seidner. Dieser verließ nachdem er 2013 aus der Regierungsfraktion verbannt wurde, im Oktober 2013 die Partei und ging zu Engagement für Erneuerung und Ordnung (Creo). Seidner war Autor des Regierungsprogramms der PP

#### Die Waffen der Exekutive: Baldetti und Sinibaldi

In diesem Zusammenhang lässt sich der Streit um die Gunst der Abgeordneten als eine Angelegenheit der Angebote umreißen. Von Seiten der Vizepräsidentin enthielten die Angebote – so sagten es einige Deputierten – Vorteile aus den Sozialprogrammen und den Projekten von Fonapaz. Von Seiten des Verkehrsministers Sinibaldi beinhalteten die Angebote

Straßenbauprojekte für die Bürgermeister, gehörten diese nun der Regierungspartei an oder anderen Fraktionen. Sie galten auch für die Abgeordneten selbst. „Sie sagen, dass es 200 Bürgermeister bei dieser Kampagne gibt“, versichern einige Deputierten, während andere meinen, dass im Kongress selbst etwa 20 Abgeordnete entsprechend bedacht worden seien. Dabei werde Sinibaldi durch die effektive und verlässliche Hilfe des Präsidenten gestärkt. Die Haushaltsmittel für sein Ministerium stiegen durch Autorisierung durch das Finanzministerium von 4,5 auf 5,7 Milliarden Quetzales. So sagen es Daten des Integrierten Systems des Rechnungswesens (Sicoin).

Die Reportage „Die Magie der Transfers der Haushaltsmittel“ (s. <http://www.plazapublica.com.gt/content/la-magia-de-las-transferencias-presupuestarias>) vom 10. Januar 2013 berichtete von den wichtigen Faktoren, die zum Plus und Minus der politischen Beihilfen beitragen: Von den Mitteln, die für Investitionen im Verkehrsministerium beschlossen wurden (2,5 Milliarden Q) wurden 42,78 % für direkte Einkäufe von Gütern unterhalb des Wertes von 90.000 Quetzales, der eine öffentliche Ausschreibung vorschreibt. 56 % der Ausgaben gingen den Weg über „Ausnahmebestimmungen“, eine Möglichkeit, die das Gesetz über Verträge erlaubt, um Geldmittel, Spenden oder anderes über Treuhänder abwickeln zu können. Auf der anderen Seite des Feldes, beinhaltete der Haushalt 2012 nach Angaben von Sicoin Ressourcen von 1.042.935.579 Quetzales, zudem noch die Finanzmittel des Fonapaz gezählt werden müssten, die letztes Jahr 669 Millionen Quetzales betrug, Ressourcen, die nach Ansicht eines Abgeordneten der PP „Territorium der Vizepräsidentin sind“. Für den Abgeordneten Gustavo Echeverría aus Zacapa, ein Vertrauter von Baldetti, machen die Ausführungen über den politischen Gebrauch der Mittel von Fonapaz klar, dass die Entscheidung die Treuhandfonds zu schließen, von der Exekutive kam – nachdem sie 10 Monate lang die Lage analysierte. „Es waren 10 Monate der Regierung gegen 48 Monate, in denen das Programm genutzt werden konnte, etwas bis zum Schluss erwarten konnte. Und dann konnte man das System beenden. Die Vorwürfe der Korruption konnten lange ignoriert werden, aber irgendwann nicht mehr. Ich glaube, dass es ein wichtiger Schritt war, den die Exekutive gegangen ist.“

### Neuanpassung der Kräfte im Jahr 2013

Das Verhältnis der PP mit den Abgeordneten aus dem privaten Sektor hat sich verändert. Es begann eine Annäherung, als Pedro Muadi, ex-Direktor der Industriekammer Guatemalas, Kongresspräsident wurde, sie setzte sich fort durch die Ernennung von Juan José Porras zum Vorsitzenden des wichtigen Ausschuss für Justiz – einen Ausschuss, der über viele Jahre hinweg von Oliverio García geführt und wo das Gesetz über Ländliche Entwicklung diskutiert wurde. Auch der Ausschluss von Seidner konnte daran nichts ändern (...). Diese Personalentscheidungen dienten den Abgeordneten der zwei externen Führer des Kongresses Baldetti und Sinibaldi als ein Kontrapunkt. In diesem Jahr sieht das jedoch in Bezug auf die beiden Flügel anders aus. Die Vizepräsidentin übernimmt die Kontrolle der Ausschüsse für Finanzen und Energie und Bergbau, als Gegenleistung zu einer wenigen direkten Intervention in die Fraktionsangelegenheit. In beiden Fällen sind die Inhaber der Posten Distriktabgeordnete in ihrer ersten Amtszeit, Personen über die Baldetti einen großen Einfluss ausübt. Es sind der bereits erwähnte Gustavo Echeverría aus Zacapa und Boris España aus Chiquimula. Der Sprecher dieser Gruppe ist der Fraktionsvize, Aleksander Castillo. „In diesem Spiel haben alle ihren Platz, die anderen (Sipi, Name der Gruppe um Sinibaldi) haben den ihren“, sagt ein PP-Abgeordneter. Zu den Sipi gehört der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Luis Contreras, der Fraktionsvize, Luis José Fernández Chenal, und Juan Alcázar, ein Mitglied und Gegengewicht in den Schlüsselkommissionen für Verkehr, Innen und Finanzen.

### Das Spiel der Gouverneure und ihre Aufgaben

Der Abgeordnete Echeverría, Anhänger Baldettis, erinnert sich, dass in dem politischen Schachbrett die Läufer (= Abgeordnete mit großem Gewicht) nicht in den Kommissionen der Legislative sind, sondern ihre Kraft entfalten durch ihre Arbeit für ihre Departements und die parteipolitische Koordination in ihren Distrikten. Aufgrund der selben Spannungen wie im im vergangenen Jahr finden nun alle 15 Tage Treffen statt, in denen die Kongressabgeordneten ihre Wunschliste an den Präsidenten und die Minister richten, um ihr politisches Gewicht rechtfertigen zu können. „Es fehlt die Anerkennung der Arbeit der Abgeordneten, denn sie arbeiten nicht nur in der Legislative, sondern eminent politisch, im Management, der Aushandlung und Finanzierung dessen, was unsere Departements benötigen, ja als Vermittler zwischen den Departements und der Zentralmacht hier mit ihren Ministerien“, sagte der Deputierte aus Zacapa, der auch nicht vergass, an die Wählerstimmen zu erinnern, die sie erhalten hätten. In den ersten Monaten der neuen Regierung markierte die Nominierung der Gouverneure der 22 Departements die Beziehung zwischen dem Präsidialamt und seiner Fraktion. Wie üblich wurden die ex-Kandidaten für den Kongress und die Bürgermeisterämter der Regierungspartei für diese Ämter vorgeschlagen.

Der derzeitige Fraktionschef, Aristides Crespo versichert uns, dass 90 % aller Gouverneure im Konsens mit den Deputierten aus den Distrikten ernannt worden seien, obwohl es zuvor politische Rivalitäten innerhalb einiger Distrikte gegeben habe. „Wir haben sie vorgeschlagen. Das bedeutet, dass wenn es später zu Streit kommt, sind wir die Verantwortli-

chen“, sagt Crespo, der diese Aussage derart nuanciert, dass eine solche Situation vor allem in jenen Departements vorkommt, die die meisten Abgeordneten stellen: „San Marcos, Huehuetenango, Alta Verapaz. In den meisten Departements akzeptiert der Präsident die Entscheidung der Deputierten. Und um es umgangssprachlich auszudrücken, und wenn dann ein Gouverneur die Biege machen muss, dann ist das eine ganz andere Geschichte.“

Der Gouverneur, der auch dem jeweiligen Departmentalen Rat für Entwicklung (CODEDES) vorsteht, ist eine Schlüsselfigur bei der Vergabe der Mittel für Projekte, die in der Grauzone der Bauwirtschaft stattfinden. Die CODEDES verfügten 2012 über Mittel in Höhe von 2,194 Milliarden Quetzales und in diesem Jahr über 1,881 Milliarden. Ebenso wie in anderen Fällen, bewirkt die Verteilung dieser staatlichen Mittel Spannungen zwischen den Abgeordneten, die ihre Aufgabe als Vermittler in ein Werkzeug des Klientelismus und der Korruption verwandeln. „Die großen Streitpunkte waren diese Bauprojekte. „Die Frau (Baldetti) behielt sich mit Unterstützung des Präsidenten (Pérez Molina) vor, auf dem Weg über die departmentalen (Partei-)Sekretäre jene Distrikt-Deputierten zu bevorzugen, die auch Kongressabgeordnete sind und die sich in der Wahlkampagne bewährt hatten. Das Mindeste, was wir taten, war deren Mutter zu beschimpfen. Das gefällt vielen nicht“, bemerkte ein Deputierter, der an diesen Disputen teilnahm. Deputierte beklagten sich, dass die Zugewinne aus der Kampagne, verstanden als Blankoscheck für Gründer oder die ersten Glaubensgenossen, vom Präsidialamt nicht „respektiert“ würden. Andere relativierten das und wiesen auf die Last der Vizepräsidentin, um die Balance zwischen ihren Favoriten herzustellen. Für den Abgeordneten Crespo, hat sich der durchschnittliche guatemalteckische Abgeordnete „in einen Handlanger der Exekutive“ verwandelt, um über einem Kanal der politischen Akteuren und ihrer Repräsentanten an die Ressourcen der Exekutive zu gelangen. Ein Beispiel für diesen Kampf um Ressourcen zwischen Deputierten und Gouverneuren ist der zwischen den Kongressabgeordneten der Vizepräsidentin, konkret Echeverría, mit der Gouverneurin von Zacapa, Carolina Orellana, deren Rücktritt er ohne eine konkrete Anschuldigung gegenüber der Exekutive verlangte. Für den Chef der PP-Fraktion war klar, dass der Hintergrund des Streites die Ressourcen sind.

#### Erwartungen und Versprechen

Kurz vor Ende des Jahres, erwartete die PP den Abgang von vier bis fünf Abgeordneten, so wie schon 2012. Die ersten von ihnen waren Luis Adolfo Balcarcel, vom Distrikt Guatemala-Stadt, der am 7. Oktober 2013 zu LIDER wechselte, und Emmanuel Seidner, der am 13. Oktober 2013 zu CREO ging. Crespo bagatellierte diese Abgänge und schloss nicht aus, dass er bis zur kommenden Wahl der Fraktion vorstehen wolle, was – so sagte er – natürlich von den Wahlergebnissen für die Regierungspartei abhängt. Seine erste Bewährungsprobe war die Suche nach einem Konsens bezüglich der Annahme einer Anleihe über 3,5 Milliarden Quetzales für die Zahlung der Schulden des Verkehrsministeriums und Darlehen von 437,2 Millionen US-Dollar, die nun beglichen werden mussten, da dieser Antrag aufgrund des heftigen Widerstandes der anderen Parteien, vieler Sektoren der Gesellschaft und der Öffentlichkeit zurückgenommen werden musste. Die Annahme des Gesetzes für Transparenz von nationaler Dringlichkeit, die Annahme (in zweiter Lesung) des Wahlgesetzes in der Hoffnung auf ein ablehnendes Urteil des Verfassungsgerichts, und die Reformen der Zollgesetze in den letzten zwei Wochen legen Zeugnis dafür ab, dass man die Darlehen anzunehmen in der Lage war. Damit könnte die Weiterarbeit von Crespo gesichert sein.

Als Kandidat für den Kongressvorsitz für die PP im nächsten Jahr lässt sich jedoch weder der jetzige Vorsitzender Muardi (sofern er nicht selbst zurückzieht), noch die Rückkehr von Gudy Rivera ausschließen. Bei den Verhandlungen sind alle Fraktionen beteiligt und sie haben bereits begonnen.

Am Ende des zweiten Regierungsjahres haben sich die Erwartungen vieler Abgeordneter der Regierungspartei nicht erfüllt, einige weisen daraufhin, dass die Übernahme der Funktion als Vermittler einem Wettbewerb der Gier im Präsidialamt gleicht; andere weisen auf die Versuchungen der anderen Parteien hin, die – wie mit einem Köder – mit den ersten Scheinchen in ihren Distrikten schwenken, um wiedergewählt zu werden. „Wir sind uns bewusst, dass viele Parteien ihnen als Entscheidungshilfe am Ende des Jahres etwas geben, damit sie keine Verluste haben; aber es sehr früh, um die Regierungspartei zu verlassen, im nächsten Jahr werden wir wieder versuchen, die Anleihen für das Verkehrsministerium zu bekommen“, erklärte ein Distrikt-Deputierter vertraulich.

„Alejandro (Sinibaldi) wird das Ministerium so lange nicht verlassen, bis er dieses erhalten hat. Wir bitten ihn nur auszuhalten, es wird allen nutzen.“ Angesichts der rein äußerlichen Wünsche einiger Regierungsabgeordneter bereiten sich beide Flügel der PP auf das Jahr 2014 vor. Im Sinibaldi-Flügel auf einen neuen Wahleinsatz, der durch den Rückgang der Regierungsausgaben verkompliziert wird, aber mit der Hoffnung verknüpft ist, die Anleihe in Höhe von 3,5 Milliarden Quetzales für das Verkehrsministerium als Rettungsanker zu erhalten. Auf der Seite von Baldetti gibt es die Hoffnung, die Rendite der Sozialprogramme und der Ressourcen der CODEDES zu erhalten. Und schliesslich bleibt für den Fraktionsvorsitzenden Crespo eine Fortsetzung der Diskussionen um den Haushalt 2014 „um Baumassnahmen in allen Departements im Land unterzubringen. Man sollte die Entscheidung nicht von aussen antreiben, wie es einige KollegIn-

nen tun, die die Partei verlassen. Was ich diesen Abgeordneten sage, ist dass wenn wir dabei sind, in einer Regierungspartei Dinge zu regeln, sie sich nicht einer anderen Partei anschliessen können, die keinerlei Neigung hat, ihren Gemeinden was zu geben.“

(Quelle: <http://www.plazapublica.com.gt/content/breve-historia-de-una-bancada-bicefala>)

## Präsident des Obersten Gerichtshof gesucht: Eine unendliche Geschichte

**Guatemala-Stadt, 13. Nov.** - Neun Stimmen werden gebraucht, aber auch im 52. Anlauf konnte kein Kandidat (*eine Frau war bisher nicht dabei, die Red.*) diese Stimmenzahl erreichen und neuer Präsident des Obersten Gerichtshofs des Landes (CSJ) werden. Weiterhin wird das 13-köpfige Gremium in zwei Lager gespalten, die sich gegenseitig blockieren. Die ersten Wahlgänge begannen am 2. Oktober, da der Präsident sein Amt am 14. Oktober antreten sollte. Als sich abzeichnete, dass der Termin nicht zu halten ist, wurde ein kommissarischer Präsident ernannt, Erick Álvarez. Nachdem zunächst die Kandidaten José Arturo Sierra und Luis Alberto Pineda vorgeschlagen worden waren, wurden nach dem 39. Wahlgang aus beiden Lagern neue Kandidaten vorgeschlagen; von einer Gruppe um Rogelio Zarceño: Mynor Custodio Franco Flores; aus der Gruppe um Gustavo Mendizábal: Dilmás Gustavo Bonilla. Am Stimmverhalten hat das nichts geändert: es blieb beim sieben zu sechs. Für JustizexpertInnen zeigt die Geschichte der Suche nach einem Präsidenten des Obersten Gerichtshofs die Machtkämpfe innerhalb der Gruppe der Richter, die unversöhnliche Trennung von Sektoren innerhalb des Justizsystems.

### Geht es letztlich um Claudia Paz y Paz?

Prensa Libre schrieb bereits im Oktober über die Hintergründe, dass es bis dato eine interne Vereinbarung zwischen den Gruppen gegeben habe, dass rotiert werde. Dies ist nun offenbar vorbei, was nach Einschätzung der Zeitung an der Zunahme der Macht des Präsidenten liegen könnte: er wird in der Berufungskommission für zukünftige Richter am CSJ, den neuen Direktor des Instituts für die Öffentliche Strafverteidigung (IDPP) ernennen und dessen Stimme wird darüber entscheiden, wer im Mai kommenden Jahres neuer Generalstaatsanwalt oder -Anwältin wird. Dabei spielt gerade letzteres eine große Rolle, wie etwa Kolumnist Haroldo Shetumul in Prensa Libre schrieb. Claudia Paz y Paz ist der traditionellen Elite ein Dorn im Auge und mit dem 'richtigen' CSJ-Präsidenten kann ein Generalstaatsanwalt/anwältin nach eigenem Gusto installiert werden.

Anwälte wie Abgeordnete sind der Ansicht, dass Pineda der Kandidat der Regierung war. Carmen Aida Ibarra von der Bewegung für Gerechtigkeit sprach von starken Indizien für eine Einmischung der Exekutive und dass Pineda die Unterstützung vom Präsidenten und der Vizepräsidentin habe. Ähnliches war auch in der ElPeriodico zu lesen. Ibarra wird in Prensa Libre zitiert, es habe Hinweise darauf gegeben, dass Abgeordnete der PP sich mit RichterInnen getroffen hätten (im Beisein des mutmasslichen Betrügers von IGSS-Geldern, Gustavo Herrera), um für Pineda zu werben. Dieser selbst dementierte umgehend, das seien alles Gerüchte, und es gebe viele KandidatInnen und jede/r habe eine Chance. Auch der Kongressabgeordnete Baudilio Hichos dementierte Stimmen anderer Abgeordneter, er und Leonel Soto (sowie Herrera) hätten in Bezug auf die Berufungskommission Vorgespräche geführt. „Mein Handeln beginnt erst, wenn ich die Liste im Plenum kenne“, sagte Hichos. Laut Prensa Libre geht es der Regierungspartei neben einer Unterstützung für Pineda im Verbund mit anderen Fraktionen vor allem darum, dass LIDER keinen Fuss in die Tür der CSJ bekommt. Sowohl VertreterInnen der Bürgerrechtsbewegungen wie auch der Anwaltsvereinigungen verbat sich Einmischungen aus der Politik. Aber auch innerhalb des CSJ gibt es eigene Interessen. Ein Richter wird mit den Worten zitiert: „Es gibt eine Strategie, die Wahl einer neuen Person zu verzögern. In diesem Fall könnte der aktuelle Präsident, Erick Álvarez das Amt provisorisch fortführen.“ Genau dies passiert offenbar gerade.

### Die beiden aktuellen Kandidaten

Nach Runde 39 wurden die Kandidaten ausgetauscht, was Ramón Cadena, Direktor der Internationalen Vereinigung der JuristInnen, als wenig hilfreich empfand, da dieser Austausch nicht zu einem notwendigen Konsens beigetragen habe, sondern dass im Gegenteil weiterhin den Interessen jeder Gruppe gefolgt worden sei. Nach Ansicht von Alejandro Ballells vom Zentrum für die Verteidigung der Verfassung (Cedecón), ist das Verfassungsgericht (CC) für dieses Desaster verantwortlich, der eine undefinierte Interims-Amtszeit von Erick Álvarez für möglich erklärte. Damit hatte keine Gruppe einen Grund, in ihrer aktuellen Machtposition nachzugeben, die sie nun habe. „Es gibt weder ein Interesse, noch einen Anreiz, die Dinge zu ändern.“

Die Namen der beiden aktuellen Kandidaten aber werden den **¡Fijáte!**-LeserInnen bekannt vorkommen, auch wenn es schon ein wenig her ist. Bei der Wahl der Obersten RichterInnen im Jahre 2009 wurden sie bereits von der CICIG unter

die Lupe genommen. Mit wenig positivem Ergebnis. Gemeinsam ist den beiden Kandidaten, dass sie von der USAC kommen und beide überwiegend bei Appellationsgerichten tätig waren. Während der eine Richter (Bonilla) über 20 Jahren lang in diesen Ämtern war, hat der andere (Franco) die meiste Zeit seiner Karriere als Assessor in verschiedenen Ministerien gearbeitet bzw. in der Verwaltung der USAC und erst sehr spät als Richter. Das bedeutet zum einen, dass sie politisch gut vernetzt sind und zum anderen in den akademischen Seilschaften.

Letzteres zeigte sich zum Beispiel bei **Dilmas Gustavo Bonilla**, der sich in einem Verfahren gegen den Rektor der USAC, Estuardo Gálvez, weigerte, als ehemaliger Sekretär der Hochschulverwaltung dieser Universität von dem Fall zurückzutreten und – nicht überraschend – zugunsten der USAC entschied. CICIG hat damals zugleich einige Disziplinarverfahren aufgezählt wegen Prozessverschleppung (bis zu einem Jahr, um als zweite Instanz ein Urteil zu überprüfen), Nichterfüllung von Urteilen des Verfassungsgerichts (Disziplinarverfahren 391-2008) und sogar wegen Bedrohungen (allerdings abgelehnt, Verfahren MP 001-2004-12980) und wegen Betrug (MP 001-2003-69324). Zivilgesellschaftliche Gruppen kritisierten insbesondere arbeitsrechtliche Urteile Bonillas, von denen einige von höheren Instanzen als unrechtmässig kassiert wurden. **Mynor Custodio Franco Flores** wurde Ähnliches vorgeworfen: Begünstigung des Verwaltungsrates der USAC, rechtlich bedenkliche arbeitsgerichtliche Urteile, Verschleppung von Prozessen (Disziplinarverfahren 348 und 482-2005). Vor der Wahl für das Richteramt im CSJ erhielt er von der Berufungskommission in den Kategorien „Auszeichnungen und Verdienste um die Menschlichkeit“ und „Verteidigung des Rechtsstaates“ null Punkte. Dennoch sind beide Richter am CSJ geworden. Doch auch die anderen Mitglieder sind nicht gerade mit Erfahrungen als Richter gesegnet.

Zwei Gruppen mit wechselnden Personen

Immer wieder ist in der Presse von zwei Gruppen die Rede – die Gruppe der sieben und die Gruppe der sechs. Ihre Zusammensetzung aber änderte sich, bereits vor den Wahlgängen:

**Prensa Libre, 04.09.2013:**

„Gruppe der sieben“	„Gruppe der sechs“
Érick Álvarez (z.Zt. Interimspräsident)	Thelma Aldana
Luis Arturo Archila	César Barrientos
Mynor Franco	Dilmas Gustavo Bonilla
Hector Maldonado	Ervin Gabriel Gómez
Gustavo Mendizábal	Gabriel Medrano (bis 13.10. Präsident)
Luis Alberto Pineda	Rogelio Zarceño
José Arturo Sierra.	

**Prensa Libre, 2.10.2013:**

Erster Wahlgang: Kandidat Zarceño

Für Zarceño:	Gegen Zarceño:
Archila	Aldana
Barrientos	Alvarez
Franco (Kandidat ab Runde 39)	Bonilla (Kandidat ab Runde 39)
Gómez	Maldonado
Medrano	Mendizabal
Sierra (Kandidat bis Runde 38)	Pineda (Kandidat bis Runde 38)
Zarceño	

**Prensa Libre, 05.09.2013:**

„Mehrheit“	„Unabhängig“	„Minderheit“
Achilla	Álvarez	Aldana
Franco	Barrientos	Bonilla
Gomez		Maldonado
Medrano		Pineda
Mendizabal		
Zarceño		

Im Prensa Libre vom 16.10.bzw. 24.10. 2013 werden ebenfalls die sechs Gegner von Zarceño als 'Gruppe der sechs' benannt. Der Kolumnist Haroldo Shetumul ordnet sie der Regierungspartei PP zu, was der Komplexität des Geschehens nicht gerecht werden dürfte. Was die Gruppen trennt, ist aus der Presse nicht wirklich zu entnehmen.

Das Spiel geht also weiter. Mal sehen, ob die Redaktion in zwei Wochen einen Präsidenten vermelden kann.

## Proteste der Indigenen Völker

**Kolumbien/ Guatemala, 20. Nov.** Auf internationaler Ebene trafen sich vom 11. bis 16. November indigene Völker und Nationalitäten zu ihrem V. Kontinentalen Gipfel-Treffen, der in Cacao, Kolumbien stattfand. Dabei tauschten sie ihre Reflexionen und Analysen über die Bergabbauindustrie aus, die in allen Ländern der TeilnehmerInnen mit der Hilfe der Regierungen die Gebiete militarisieren und die Völker der Amerikas unterdrücken.

Eine Pressemitteilung der Koordination Maya Waq'ib Kej unterstrich, dass die Regierungen eine repressive Struktur nutzen und dem neoliberalen System dienen. Somit seien sie Komplizen der Megaprojekte, wie das der Bergabbauindustrie. Erfahrungen wie die, die in Guatemala und Honduras gemacht wurden, seien eindeutige Beispiele für die verschiedenen Formen der Unterdrückung, die die Regierungen anwenden: Bedrohungen, Attacken gegen GemeindeführerInnen, Einschüchterungen, Einbrüche in Büros, gerichtliche Verfolgung bis hin zu Mord. Die indigenen Gemeinden der verschiedenen Völker des Kontinents organisieren sich jeden Tag und versuchen ihre eigenen Entwicklungsvorschläge durchzusetzen, und zwar solche, die das Gleichgewicht mit der Mutter Natur suchen.

Ein Beispiel, und nicht das erste seit Beginn der aktuellen Regierungsperiode, ist die Massendemonstration vom 13. November in Guatemala-Stadt. In diesem konkreten Fall kritisierten BäuerInnen und Indigene ihre schwierigen Lebensbedingungen in den ländlichen Gebieten, verursacht durch mangelnde Stromversorgung, Megaprojekte und Landkonflikte. So zogen Tausende von Personen aus 20 Departments los und demonstrierten auf den Strassen der Hauptstadt. Gefordert wurde die Achtung des legalen Status der kommunalen Ländereien, die Privatisierung der Stromversorgung rückgängig zu machen und die Minenindustrie in ihren Gemeinden zu stoppen.

Die Demonstration wurde vom Komitee der Bäuerlichen Entwicklung (Codeca) organisiert und begann um acht Uhr morgens von der Zone 11 ausgehend über den Verkehrsknotenpunkt El Trébol und die Avenida Bolívar bis hin zum Obelisk in der Zone 9. Mauro Vay, Koordinator von Codeca, erklärte, dass die einzigen Departments, die nicht an der Demonstration teilnahmen, Sacatepéquez und Guatemala waren. Seiner Schätzung nach nahmen 40.000 Personen teil. Kritisiert wurde die Demonstration von AnwohnerInnen, die sich gestört fühlten, da der Verkehr in verschiedenen Sektoren der Hauptstadt zeitweilig behindert wurde. Ebenfalls wurde in Cubilguitz, in Raxruhá, El Pajal, San Pedro Carchá (alle Alta Verapaz) und an der Kreuzung von Lanquín, Alta Verapaz, in Chisec Richtung Ixcán, Quiché, und an der Kreuzung nach Sayaxché, Petén, protestiert.

Präsident Pérez Molina antwortete auf diese Demonstrationen, dass es für die Regierung nicht möglich sei, die Stromversorgung zu nationalisieren. Während der Demonstration übergaben die DemonstrantInnen dem Verfassungsgericht einen Einspruch bezüglich der Verfassungswidrigkeit des Regierungsabkommens 145-2013, genannte Übereinkunft erklärt den Plan zur Erweiterung des Stromnetzes und die damit verbundenen Investitionen zur öffentlichen Notwendigkeit mit nationaler Dringlichkeit. (*Cerigua, PL*)

## BürgerInnensicherheit

**Guatemala, 13. Nov.** Gemäss den Daten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nation (UNDP) in ihrem Bericht „BürgerInnensicherheit mit menschlichem Antlitz: Diagnostik und Vorschläge für Lateinamerika“, welcher am 12. November in New York vorgestellt wurde, meinen mehr als 61% der guatemalteckischen BürgerInnen, dass die Nationale Zivilpolizei (PNC) in Verbindung mit der Kriminalität steht. Laut Direktor des UNDP Guatemala „gibt es ein Vertrauensproblem zu den Autoritäten“. Auf regionaler Ebene glauben nur 36% der Befragten, dass die Polizei sie gegen Verbrechen schützt und 18% der guatemalteckischen Bevölkerung versicherten, dass irgendein/e Beamter/in im letzten Jahr signalisierte, für ein Schmiergeld empfänglich zu sein. Die Studie versucht aufzuzeigen, dass trotz des wirtschaftlichen Wachstums in Lateinamerika die Sicherheit der BürgerInnen weiterhin eine Herausforderung darstellt. „Es war schwierig, die Studie zu verwirklichen, da die Länder nicht immer über ein Informationssystem verfügen“, sagte Rebeca Pérez, Referentin für Justiz und BürgerInnensicherheit des UNDP. Die Unsicherheit entstehe, da das Problem nicht auf eine integrale Weise angegangen würde, und um zu einer Veränderung zu gelangen, müssten dabei die Hauptschwerpunkte auf der Professionalisierung der Institutionen, der Stärkung des Justizsystems liegen und es müssten öffentliche Politiken entwickelt werden, um die verletzbarsten Personen zu schützen.

Kürzlich äusserte sich der Präsident Otto Pérez Molina dahin gehend, dass die Wahrnehmung der Sicht von Guatemala nicht der Realität gerecht werde. Man glaube, „hier herrsche grosse Unsicherheit und dass man in jedem Moment er-

mordet werden könnte, aber so ist es nicht.“ Arkel Benítez, Vizeinnenminister, bekräftigte die Aussagen des Präsidenten und versicherte, dass die Kriminalitätsrate im Land gesunken sei, aber dass die Wahrnehmung sich langsamer ändere, „sie ändere sich nicht im gleichen Rhythmus wie die Statistiken“.

Der Bericht unterstreicht mehrmals die Situation in Guatemala und platziert das Land weltweit unter den fünf mit der höchsten Jugendmordrate. „Das ist eine alarmierende Zahl“ sagte Verónica Godoy, Koordinatorin der Instanz für Monitoring und Unterstützung der Öffentlichen Sicherheit (IMASP). „Es reflektiert ein soziales Problem, was unbeachtet blieb.“ Die Hälfte der Bevölkerung nahm eine Verschlechterung der Sicherheit wahr. „Das hat viel damit zu tun, dass es im Land 120.000 private Sicherheitsleute gibt, die diejenigen beschützen, die das Geld haben, sie zu bezahlen. Aber es gibt kaum 30.000 PolizistInnen“, erklärte Barathe, der UNDP Direktor. (AC)

## Funktionäre der Regierung wegen Korruption unter Verdacht

**Guatemala, 11. Nov.** Die Präsidentschaftliche Kommission Copret ermittelt in 33 Fälle gegen Angestellte der Regierung wegen vermutlicher Korruption. Allerdings wurden 9 Anzeigen zurückgewiesen, die anderen Ermittlungen gehen weiter. Betroffen sind verschiedene Ministerien und Abteilungen. Die Delikte reichen von Autoritätsmissbrauch, Betrug, Diebstahl, illegale Bereicherung, Dokumentenfälschung, Zerstörung bis hin zu Nichterfüllung der Pflichten. Copret bekam 646 Anzeigen. Davon wurden 582 vom damaligen Transparenzabteilung bearbeitet, 63 von der Copret. Aber letztendlich landeten nur 33 Fälle vor der Staatsanwaltschaft.

Der gemeinsame Nenner in den ermittelten Fällen sind die Anomalien, die bei den Bauprojekten im Zuge des Wiederaufbaus und Reparatur der Schäden, die durch den Sturm Agahta im Jahr 2010 verursacht wurden. Ausserdem geht es um die Überbewertung von Medikamenten und die Erbauung von Erholungsparks in der Hauptstadt. Die fünf Staatsanwaltschaften, die Korruptionsfälle behandeln, bekommen jährlich im Durchschnitt 3000 Anzeigen wegen Unregelmäßigkeiten. In vielen Fällen handelt es sich bei den Angezeigten um Bürgermeister, Stadträte, Schatzmeister, NGO sowie Baufirmen. (AC)

## Zetas und Kaibiles

**Guatemala, 11. Nov.** Kürzlich freigegebene Sicherheitsberichte der USA erklären, wie das Drogenkartell der Zetas Männer der guatemalteckischen Spezialeinheit der Kaibiles rekrutierten, um sie in Operationen in Mexiko und Guatemala einzusetzen. Berichte der Antidrogeninstanz der USA (DEA), die Teil einer Reihe von Dokumenten sind, die im Archiv der Nationalen Sicherheit veröffentlicht wurden, schreiben über einen Anstieg der Aktivitäten der Zetas seit ihrer Trennung vom Golfkartell 2010. In verschiedenen Dokumenten zwischen 2009 und 2010 beschreibt die DEA die Art, wie die Zetas Kaibiles rekrutierten. Die Kaibiles sind eine umstrittene Spezialeinheit des guatemalteckischen Militärs. Präsident Otto Pérez selbst ist ein Ex-Kaibil und hat sie aktuell in Antidrogenoperationen eingesetzt. Ein Bericht der DEA von 2009 beschreibt, wie die Rekrutierung der Kaibiles genutzt wird, um an Schusswaffen und Granaten des guatemalteckischen Militärs zu kommen. Und ein weiterer aus 2010 beschreibt, wie Kaibiles festgenommen wurden, nachdem ein Schusswechsel zwischen Zetas und Sicherheitskräften in Tamaulipas, Mexiko, stattfand.

InSight Crime analysierte, dass die Praxis, Kaibiles anzuheuern, keine Geheiminformation ist. Über lokale Piratenradio-sender führen sie offene Rekrutierungskampagnen durch. Dabei werden nicht nur Männer mit militärischer Erfahrung gewonnen, sondern auch welche mit engen Verbindungen zu den Sicherheitskräften. Ausserdem folgt es der Gründungstradition, denn die Zetas sind ursprünglich eine abtrünnige Spezialeinheit des mexikanischen Militärs. Wie man an den Berichten erkennen kann, nutzen die Zetas die Kaibiles nicht nur für eine schnelle Ausbreitung über guatemalteckisches Gebiet, sondern sie waren auch in Mexiko aktiv. Das lässt schlussfolgern, dass die kriminellen Banden sie als Einsatzgruppen in Konfliktgebiete schickte. (AC)



## 378 Minderjährige ermordet

**Guatemala, 12. Nov.** Am zweiten Novemberwochenende wurden ein kleines Mädchen und zwei Jugendliche in San Juan Sacatepéquez ermordet. Bis Ende August zählte das Nationale Institut Forensischer Wissenschaften (Inacif) 378 gewaltsam verstorbene Minderjährige. Das bedeutet, dass in den acht Monaten im Schnitt 1,5 Kinder oder Jugendliche pro Tag ermordet wurden.

Erica Johanna Albizurez Arana, 12 Jahre alt, starb im Stadtgebiet von San Juan Sacatepéquez als eine Gruppe von Bandenmitglieder in das Haus ihrer Eltern eindrang und auf ihre Familie schoss. Ihr 13 Jahre alter Bruder sowie ihr Vater wurden verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Noch ein Fall: Daniel Isáí Rodríguez Valiente, 13 Jahre, wurde in Chinautla ins Krankenhaus eingeliefert. Und verstarb. Und noch ein weiteres: Auf der Strasse zum Atlantik wurde der 16jährige Wilson Alexander Solí Pena ermordet und sein 19 jähriger Bruder verletzt. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, man geht davon aus, dass Bandenmitglieder sie angegriffen haben.

Zu den Todesursachen zählen hauptsächlich Verletzungen durch Schusswaffen, Messer, aber auch Erwürgen und Enthauptungen sowie Verstümmelungen. Ausserdem verzeichnete das Büro des Menschenrechtsombudsmann (PDH) bis Ende August 743 Anzeigen wegen Verletzung der Rechte von Kindern und Jugendlichen: u.a. Missbrauch, innerfamiliäre Gewalt, Misshandlungen, Aussetzen. Schuld daran sei, so Nery Rodenas vom Menschenrechtsbüro des Erzbischofs von Guatemala (ODHAG), das nicht umgesetzte Gesetz zum Schutz der Kindheit und Jugend (Gesetz PINA). Dieser rechtliche Rahmen müsse angewendet werden, um Gewalt gegen Kinder zu verhindern. Der Staat müsse Mechanismen schaffen, die der Prävention dienen und genau diesen Sektor der Gesellschaft unterstützen – was aber, so Rodenas, leider nicht passiere. Vor allem PDH und die Generalprokuratur (PGN) seien die verantwortlichen Instanzen. Es fehle an einer sinnvollen Priorisierung und an gutem Willen. (PL)

## Ankündigung der Redaktion

*Das Jahr 2013 ist in Bezug auf die Feiertage ein sehr arbeitnehmerInnenfreundliches und damit auch ein redakteurInnenfreundliches Jahr. Der vierzehn Tage-Rhythmus hat sich nun so gefügt, dass die nächste Ausgabe die letzte in diesem Jahr sein wird, denn am ersten Weihnachtstag haben wir und auch Ihr etwas anderes zu tun als **¡Fijáte!** zu machen bzw. zu lesen.*

*Wir sagen es jetzt schon mal, damit Ihr Euch nicht wundert, wenn Ihr am 11.12. ein Rück- und Ausblick lesen werdet.*

### **¡Fijáte!**

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

### **Redaktion:**

Wiebke Schramm – [wibsca@gmail.com](mailto:wibsca@gmail.com)  
Stephan Brües – [stephan.bruees@arcor.de](mailto:stephan.bruees@arcor.de)

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

**Herausgeber:** Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg  
Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

**Abo-Verwaltung:** [fijate@web.de](mailto:fijate@web.de)  
Solidarität mit Guatemala e.V., Jahresabonnement 50.-€  
Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

**Abo in der Schweiz:** Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6